

**Starre Prozente
sind schlechte
Argumente!**

Komitee „NEIN zur starren 18%-Initiative“
Postfach 5835, 3001 Bern
Tel: 031 352 23 64
Fax: 031 352 24 30
www.eigengoa.ch (ab Anfang August)

Die Schweiz braucht eine differenzierte Ausländerpolitik. Missbräuche sind zu bekämpfen, doch die starre 18%-Initiative trägt nichts zur Lösung der Probleme bei. Im Gegenteil: Die 18%-Initiative hat schädliche Auswirkungen und schafft viele neue Probleme. Sie ist ein klassisches Eigengoa.

www.eigengoa.ch

Die wichtigsten Informationen zur Abstimmung: Fakten, Zahlen, Argumente.

1. Die Initiative verhindert Kriminalität und Asylmissbrauch nicht.

Weder illegale Einwanderung, Asylmissbrauch noch Kriminalität vermag die Initiative wirksam einzudämmen. Die 18%-Initiative trägt überhaupt nichts zur Sicherheit bei. Das Volksbegehren will nur die mehrheitlich gut integrierte ausländische Wohnbevölkerung in der Schweiz auf einen starren Prozentwert limitieren. Die 18%-Initiative hilft uns bei der Bewältigung vorhandener Probleme überhaupt nichts.

2. Eine starre Ausländer-Quote in der Verfassung ist verfehlt.

Die Beschränkung der Ausländerzahl auf 18% ist völlig willkürlich. Selbst Mitinitiant NR Luzi Stamm gibt dies zu. Vor dem Nationalrat sagte er: „Selbstverständlich ist eine fixe Limite für den Ausländeranteil eine Dummheit. (...) Man kann nicht im Ernst sagen, 18% seien die richtige Limite.“ Die Frage ist nur, warum wir überhaupt über diese Dummheit abstimmen müssen. Eine starre Quote in der Verfassung verunmöglicht eine differenzierte Politik.

3. Die Vermischung von Asyl- und Ausländerpolitik ist falsch.

Die 18%-Initiative vermischt Ausländer- und Asylpolitik. Der wirtschaftliche Bedarf an Fachkräften und Spezialisten wird zur Restgrösse. So können dringend benötigte ausländische Spezialisten nicht mehr angestellt werden. Die Verknappung auf dem Arbeitsmarkt kann zu Produktionsverlagerungen ins Ausland führen. Mit der starren 18%-Initiative schneiden wir uns letztlich ins eigene Fleisch.

4. Die Initiative hat absurde Konsequenzen.

Die starre Quoten-Initiative hat absurde Konsequenzen. Was passiert z.B. mit einer Führungskraft, die durch eine Umstrukturierung ihre Führungsfunktion verliert? Oder wann ist ein Wissenschaftler ein qualifizierter Wissenschaftler? Mal Quoten-Ausländer, mal nicht: Die 18%-Initiative schafft viele Probleme und

Am 24. September

Nein

zur starren 18%-Initiative

Nein zur starren 18%-Initiative

Unsicherheiten. In Zukunft müssen wohl Unternehmen ihre dringend benötigten Informatikspezialisten zuerst in einen Jonglierkurs schicken, damit sie als Künstler einreisen können. Abgesehen von solchen Absurditäten muss bei einer starren Quote mit einer Zunahme der Schwarzarbeit gerechnet werden.

5. Die Initiative führt zu mehr Bürokratie und verursacht Kosten.

Die Initiative arbeitet mit unklaren Definitionen. Bei der Berechnung des relevanten Ausländeranteils werden u.a. qualifizierte Wissenschaftler und Führungskräfte sowie Künstler nicht mitgezählt. Sie verlangt also eine genaue Bestimmung, welche Personen unter diese Begriffe fallen. Wie will man aber z.B. eine Führungskraft definieren? Ist ein Vorarbeiter eine Führungskraft? Der Höhepunkt der Diskussionen wird wohl bei der erforderlichen Umschreibung eines Künstlers erreicht. Kann einer Regelung zugestimmt werden, welche dringend benötigten Spezialisten die Einreise verweigert, Strassenkünstler aber zulässt? Die starre 18%-Initiative bläht die Bürokratie auf und verursacht neue Kosten. Sie ist ein Eigengoal.

6. Ausländische Arbeitskräfte leisten wichtige Beiträge zu unserem Wohlstand.

Jeder vierte Arbeitsplatz in der Schweiz wird von einem Ausländer oder einer Ausländerin eingenommen. Der Grossteil davon sind ehrliche, motivierte und unverzichtbare Arbeitskräfte. Gerade im Bereich der Kranken- und Altenpflege leisten sie einen wichtigen Beitrag für unsere Gesellschaft. Mit einer generellen und undifferenzierten Reduktion der ausländischen Arbeitskräfte würden wir unserem Land schaden. Die Schweiz ist nicht trotz, sondern wegen der Ausländerinnen und Ausländer eines der wirtschaftlich erfolgreichsten Länder der Welt! Nur mit ausländischen Arbeitskräften können wir das hohe Wohlstandsniveau überhaupt halten.

7. Die Initiative verunmöglicht eine differenzierte Ausländerpolitik.

Mit dem Vorschlag zu einem neuen Ausländergesetz zeigt der Bundesrat, wie er sich die Ausländerpolitik in Zukunft vorstellt. Das Gesetz enthält eine klare Umschreibung der Zulassungsvoraussetzungen. Der Missbrauch des geltenden Rechts durch eine kleine Minderheit der Ausländerinnen und Ausländer soll durch neue Massnahmen gegen das Schlepperwesen, gegen die illegale Einwanderung und gegen die Schwarzarbeit bekämpft werden. Der Bund tritt für eine konsequente Ausländerpolitik ein. Im Gegensatz zur starren Quote bietet das neue Gesetz differenzierte Lösungen.

8. Ausländische Arbeitskräfte leisten wichtige Beiträge zur Finanzierung der AHV.

Die Ausländerinnen und Ausländer leisten einen wichtigen Beitrag an die Finanzierung der AHV. Ihre Beiträge überragen die Bezüge um mehr als eine Milliarde Franken! 4,6 Milliarden Franken an Beiträgen stehen 3,3 Milliarden Franken an Leistungen gegenüber. Die Ausländer sind heute Nettozahler der AHV und werden es noch lange bleiben. Jede vierte erwerbstätige Person in der Schweiz ist ausländischer Herkunft. Aufgrund der demografischen Alterung unserer Gesellschaft sind wir je länger desto mehr auf junge ausländische Arbeitskräfte angewiesen.

9. Die Initiative gefährdet die Bilateralen und tangiert andere internationale Verträge.

Es ist nur wenige Monate her, seitdem das Schweizervolk den Bilateralen Abkommen mit der EU mit mehr als einer Zweidrittelsmehrheit zugestimmt hat. Bei einer Annahme der 18%-Initiative wäre das Personenverkehrsabkommen wieder in Frage gestellt. Eine Annahme der Initiative kann sich zudem negativ auf die erforderliche Ratifikation in den einzelnen EU-Staaten auswirken. Der faktische Einwanderungsstopp für mehrere Jahre könnte dazu führen, dass die Schweiz das Personenverkehrsabkommen und damit alle sieben Verträge aufkündigen muss.

10. Die Initiative schadet dem Ansehen der Schweiz.

Die Schweiz setzt sich seit Jahren für humanitäre Belange ein. Das gute Image auf dem internationalen Parkett würde bei einer Annahme der 18%-Initiative aufs Spiel gesetzt. Eine Initiative, die Familien trennt und gegen das Gleichheitsgebot in unserer Bundesverfassung verstösst, widerspricht in hohem Masse unserer Tradition.

Deshalb am 24. September: **NEIN zur starren 18%-Initiative.**